



## Erst reden, dann roden!

**Bis 2020 muss Deutschland seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mindestens 40 Prozent reduziert haben, sonst kann es seine selbstgesetzten Klimaziele nicht erreichen. Bereits seit Monaten verhandeln deshalb Politik, Klimaverbände und Energieunternehmen in Berlin über einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau. Bis zum Jahresende will die Kohlekommission ihre Ergebnisse vorlegen. Trotzdem hält das Energieunternehmen RWE bislang an seinen Plänen fest, mit dem Beginn der Rodungssaison Anfang Oktober auch die letzten Reste des Hambacher Forstes abzuholzen. Die Umweltverbände haben bereits ihren Widerstand angekündigt. Autonome Gruppierungen drohen sogar offen mit massiver Gewalt. Wie bei den Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke in den Siebziger- und Achtzigerjahren droht die Polizei im Rheinischen Braunkohlerevier erneut zum Spielball ungelöster politischer Konflikte zu werden, bei denen es zu Schwerverletzten oder sogar zu Toten kommen kann. Um das zu verhindern, hat die GdP Ende August alle Beteiligten eindringlich aufgefordert, vor Beginn der Rodungsarbeiten noch einmal den Versuch einer einvernehmlichen Lösung zu unternehmen. Ob es dazu kommt, ist allerdings ungewiss. Denn gezündelt wird auf beiden Seiten.**

Schwierig ist die Konsenssuche schon deshalb, weil der Energiekonzern RWE eine gültige, durchsetzbare Abbaugenehmigung hat. Sie kann nur noch durch eine Eilentscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Münster aufgehoben werden. Das Gericht will bis zum 14. Oktober entscheiden, erst danach können die eigentlichen Rodungsarbeiten im Hambacher Forst beginnen.

Dennoch bedeutet auch dieses Urteil noch nicht, dass der Hambacher Forst am Ende auch gerodet werden muss. RWE könnte auf die Rodung auch verzichten – um einen massiven Imageschaden in der Öffentlichkeit zu verhindern. „Ob der Hambacher Forst am Ende gerodet wird oder nicht, entscheidet nicht die Polizei, sondern das die Politik und das Energieunternehmen RWE, dem das Abbaugebiet gehört“, erklärte deshalb GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens Ende August gegenüber den Medien. Zugleich warnte Mertens davor, über Monate hinweg „Tausende von Polizisten in einen gefährlichen Einsatz zu schicken, während Politik und Wirtschaft womöglich nur kurze Zeit später einen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau verkünden. So, wie wir das beim Atomausstieg bereits erlebt haben!“ Eine Position, für die die GdP sehr viel Unterstützung bei den eigenen Mitgliedern, aber auch in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Sorge bereitet der GdP vor allem das Verhalten militanter Braunkohlegegner, die den Widerstand gegen die Abholzung des Hambacher Forstes zu gewalttätigen Angriffen auf die Polizei missbrauchen. „Es gibt eine strikte Trennungslinie zwischen besorgten Umweltaktivisten und Straftätern“, betonte Mertens gegenüber den Medien. „Wer den Widerstand gegen den Braunkohleabbau nur missbraucht, um Polizistinnen und Polizisten mit massiver Gewalt anzugreifen, kann sich nicht auf das Grundrecht auf Demonstrationenfreiheit berufen.“ Gemeint sind damit vor allem die Bewohner der rund fünfzig Baumhäuser im Hambacher Forst. Aus ihren Reihen ist es in den

Jahren immer wieder zu massiven Angriffen auf die vor Ort eingesetzten Polizisten gekommen, aber auch auf die Mitarbeiter von RWE. Mehrfach wurden dabei Polizisten durch



## Von Wackersdorf lernen



Wer im Hambacher Forst mit Braunkohlegegnern, Politikern und den dort eingesetzten Polizisten spricht, spürt eine Endzeitstimmung. Dass in Deutschland die Zeit der Braunkohleverstromung zu Ende geht, sagen auch die Vertreter von RWE. Auch, dass das Ende schneller kommen kann als bislang geplant, räumen sie ein. Nur der Zeitpunkt des endgültigen Braunkohleausstiegs ist noch strittig. Ist es dieser Punkt wirklich wert, die Polizei in NRW in ihren bislang größten, vermutlich auch gefährlichsten Einsatz ihrer Geschichte zu schicken?

Um es ganz klar zu sagen: Die GdP ist nicht über Nacht eine Öko-Partei geworden. Für die Beantwortung ökologischer Fragen sind andere zuständig. Trotzdem ist es unsere Pflicht, dass wir uns als Gewerkschaft schützend vor unsere Kolleginnen und Kollegen stellen, wenn sie Gefahr laufen, in einem Konflikt verheizt zu werden, der mit polizeilichen Mitteln nicht zu lösen ist, sondern nur politisch.

In Wackersdorf haben zwei Demonstranten und ein Polizist ihr Leben verloren – für eine Wiederaufbereitungsanlage, die nie in Betrieb gegangen ist. In Kalkar waren die Auseinandersetzungen nicht weniger heftig, bis die damalige Landesregierung eine mutige Entscheidung getroffen hat: Der Atommeiler vom Niederrhein ist nie in Betrieb gegangen.

Auch beim Hambacher Forst könnte es eine ähnliche Kehrtwende der Politik geben. Statt eines „Augen zu und durch!“ brauchen wir deshalb erst eine klare politische Entscheidung, bis wann wir noch an der Braunkohle festhalten wollen, und erst dann eine Entscheidung über einen möglichen Polizeieinsatz. Und nicht umgekehrt!

Aber eins ist auch klar: Sollte die Kohlekommission am Ende ihrer Überlegungen zu dem Ergebnis kommen, dass der Hambacher Forst auch aus ökologischen Gesichtspunkten nicht mehr zu retten ist, muss die Polizei diese Entscheidung mit umsetzen. Auch das wäre für die Polizei keine einfache Situation. Aber dann wäre der Einsatz zumindest nicht sinnlos.

**Michael Mertens,**  
Landesvorsitzender

den Beschuss mit Zwillen schwer verletzt. Verschärft wird die Situation zusätzlich dadurch, dass zu befürchten ist, dass bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Braunkohle zunehmend gewaltbereite Gruppen in den Hambacher Forst strömen werden. So wie das auch beim Hamburger G20-Gipfel der Fall war.

Um ihren Handlungsraum einzuschränken, hat das federführende Polizeipräsidium Aachen bereits Anfang September das Wiesencamp der Braunkohlegegner nach gefährlichen Gegenständen durchsucht. Eine Woche später räumten Mitarbeiter von RWE im Wald errichtete Barrikaden beiseite und sammelten Möbel, Planen und Vorratsbehälter ein, die die Waldbesetzer unter den Baumhäusern abgestellt hatten. Begleitet wurde die Aktion von einer



Vielzahl von Medienvertretern. Zudem waren mehrere Hundertschaften vor Ort, um mögliche Gewalttaten zu verhindern.

Auch bei diesem Einsatz konnten die Beamten erneut gefährliche Gegenstände sicherstellen, zum Beispiel einen mit langen Nägeln gespickten Autoreifen, der als Wurfgeschoss

verhindern, dass sich dort Umweltaktivisten unterirdisch anketten, um so eine Rodung des Hambacher Forstes zu verhindern.

Auch GdP-Landesvorsitzender Mertens war während des Einsatzes vor Ort, um sich selber einen Ein-



gegen die Beamten hätte eingesetzt werden können. Zudem wurden mehrere Erdlöcher zubetoniert, um zu

druck über den Ablauf zu verschaffen, und um mit den dort tätigen Kolleginnen und Kollegen über ihre Erfahrungen, Sorgen und Eindrücke zu reden. Dort hat er in mehreren Interviews noch einmal eindringlich davor gewarnt, die Polizisten für einen politisch ungelösten Konflikt zu verheizen.



# Die eigentlich schwierigen Auseinandersetzungen stehen noch bevor

Noch kann niemand sagen, wie sich die Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst in den kommenden Wochen entwickeln werden, doch bislang deuten die Signale eher auf eine Konfrontation.

Ab Mitte September – kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – könnte es zu ersten massiven Auseinandersetzungen kommen, falls die Polizei mit der Räumung der ersten Baumhäuser beginnen sollte. Braunkohlegegner haben für den Fall ihren massiven Widerstand angekündigt. Doch nicht nur die Zahl der friedlichen Demonstranten dürfte schnell steigen. Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass sich dann auch viele Gewaltbereite auf den Weg in den Hambacher Forst machen werden. Wegen des hohen Symbolwerts der Auseinandersetzung. Militante Braunkohlegegner haben bereits angekündigt, dass sie bei einer Räumung des Hambacher Forstes versuchen werden, auch in den Tagebau selbst einzudringen und mit Anschlägen die technischen Anlagen lahmzulegen. Um das zu verhindern, müsste die Polizei über Monate ein Großaufgebot an Beamten bereitstellen, die dann für andere Aufgaben wie die ganz normale Kriminalitätsbekämpfung fehlen. Ein durchaus realistisches Szenario. Das Innenministerium hat bereits jetzt für die Einsatzhundertschaften in NRW bis zum 23. Dezember die größtmögliche Verfügbarkeit angeordnet.

Hinzu kommt, dass sich ein Gebiet wie der Hambacher Forst nicht in wenigen Tagen roden lässt. Experten gehen davon aus, dass dafür mindestens 28 Rodungstage erforderlich sind. Die Frage, wer bis dahin den Wald bewachen soll, damit er nicht erneut von Braunkohlegegnern besetzt werden kann, gehört dabei mit zu den bislang ungeklärten Fragen. Noch ist der Hambacher Forst ein für jedermann frei zugänglicher Wald, auch wenn er RWE gehört. Würde das Waldgebiet als Betriebsgelände umgewidmet, wäre

das anders. Dann wäre der Werksschutz von RWE dafür zuständig, das Betriebsgelände gegen den Zutritt von unerwünschten Besuchern zu schützen. Kommt es dort zu massiven Straftaten, wäre allerdings die Polizei wieder im Spiel. Auch deshalb könnte die Rodung des Hambacher Forstes zu einem der größten Polizeieinsätze in



NRW führen, wie selbst Innenminister Herbert Reul (CDU) inzwischen einräumt.

## KRIPO-FORUM 2018

# Abschöpfung illegaler Gewinne – auf der Spur des Geldes

Ob OK-Kriminelle, Rocker, Mafiosi, Clan-Angehörige oder Wirtschaftskriminelle – eines eint sie: das Streben, die aus ihren kriminellen Machenschaften erlangten Gewinne zu sichern. Daher ist eines der effektivsten Mittel, sie zu treffen, ihnen ihr kriminell erworbenes Geld oder die damit angeschafften Sachwerte zu entziehen. Das reicht von Luxuskarossen über Immobilien bis zum Bitcoin im Internet. Und nicht zu vergessen: die nicht gezahlten Steuern, die eingetrieben werden können.

Seit April 2017 sind die rechtlichen Grundlagen dafür geändert worden. Die Justiz hat in Deutschland jetzt erweiterte Befugnisse, illegal erworbenes Vermögen ein-

zuziehen. Vor diesem Hintergrund wird die GdP auf ihrem diesjährigen Kriminalitätsforum am 15. November in Düsseldorf mit Experten aus Polizei, Justiz und Zoll die aktuelle Situation bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität diskutieren. Die Möglichkeiten, die die neue Gesetzeslage bietet, sollen ebenso thematisiert werden, wie eine Bestandsaufnahme der neuen Finance Intelligence Unit, die seit gut einem Jahr als deutsche Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen fungiert.

Weitere Informationen und Anmeldung ab Anfang Oktober unter: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de).



## Arbeitsgruppe zur Cyberkriminalität gegründet

Die wachsende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien führt nicht nur zu einer starken Zunahme neuer Kriminalitätsformen wie der Computersabotage, dem Hacken und Verbreiten von Kunden- und Nutzerdaten, dem Einsatz von Ransomware für Online-Erpressungen, Identitätsdiebstählen und Angriffen auf die Infrastruktur von staatlichen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, sondern auch zu einer immer größer werdenden Datenmenge, die von der Polizei bei der Strafverfolgung erfasst und gerichtsverwertbar verarbeitet werden muss. Zwar lassen sich grund-

sätzlich die Prinzipien der klassischen Forensik auch auf digitale Tatorte (z. B. Internet, PC, Smartphone, Massenspeicher, Cloud) anwenden, aber bereits mittlere Smartphones können Datenmengen beinhalten, die einen Sachbearbeiter mit den derzeit vorhandenen Hard- und Softwaresystemen an den Rand der Machbarkeit bringen. Gerade in Wirtschaftsstrafverfahren oder in Verfahren rund um kinderpornografische Darstellungen sind Datenmengen im Giga- und sogar Terrabyte-Bereich an der Tagesordnung.

Der Landesbezirk hat deshalb eine Arbeitsgruppe Cybercop eingerichtet,

die sich mit der Frage beschäftigt wird, wie die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung auf die damit verbundenen Herausforderungen reagieren soll. Die Arbeitsgruppe soll zudem Vorschläge entwickeln, wie im bestehenden Einstellungs- und Ausbildungssystem eine stärkere Spezialisierung von besonders geschulten Ermittlungskräften erreicht werden kann – bis hin zur möglichen Etablierung eines eigenen Studiengangs. Leiter der Arbeitsgruppe ist der Dortmunder KK-Leiter Frank Schniedermeier, der im Geschäftsführenden Landesvorstand den Bereich Kriminalpolizei verantwortet.

## Fristverlängerung lässt Langzeitkonten näher rücken

Per Erlass hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang August entschieden, dass die 2015 und 2016 entstanden Mehrarbeitsstunden nicht bereits Ende dieses bzw. Ende des nächsten Jahres verfallen, sondern erst ein Jahr später. Für die vor 2015 entstandene Mehrarbeit läuft die Frist ohnehin erst am 31.12.2020 ab.

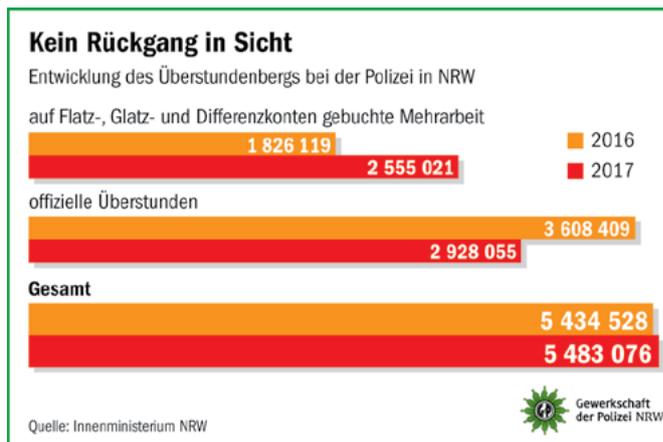
Mit der Fristverlängerung greift der Innenminister zumindest teilweise eine Forderung der GdP auf, die in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen hatte, dass in der jetzigen Situation niemand gegen seinen Willen nach Hause geschickt werden kann, nur weil sonst die von ihm geleistete Mehrarbeit verfallen würde. Zudem hat sich der Innenminister durch die Fristverlängerung ein zusätzliches Zeitfenster verschafft, um die im Koalitionsvertrag versprochene Einführung von Langzeitarbeitskonten bei der Polizei endlich auf den Weg zu bringen. Auch sie sind eine alte Forderung der GdP.

Warum Langzeitarbeitskonten bei der Polizei dringend erforderlich sind, zeigt auch ein Blick auf die offizielle Überstundenstatistik der Polizei, die Reul bereits im Frühjahr dem Innen-

ausschuss präsentiert hatte. Danach ist der Überstundenberg bei der Polizei im vergangenen Jahr erneut gestiegen, von 5,43 auf 5,48 Millionen

Stunden. Auch die Anstrengungen der schwarzen gelben Landesregierung, den Kolleginnen und Kollegen zumindest einem Teil der vorhandenen Überstunden abzukaufen, hat daran nichts ändern können. Die Zahl der Mehrarbeitsstunden, die durch einen finanziellen Ausgleich kompensiert wurden, ging im Gegenteil im Gegenteil 2017 zurück. Von 577 000 auf nur noch 479 000 Stunden. Das entspricht einem Anteil von 29

Prozent. 71 Prozent der offiziellen Überstunden wurden durch Freizeitgleich kompensiert.



**Seit dem Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol) müssen die Überstunden im Vorhinein angeordnet werden. Offiziell ist der Überstundenberg bei der Polizei dadurch im vergangenen Jahr gesunken, von 3,6 auf 2,9 Millionen Stunden. Geändert hat sich am Polizeialltag durch den Statistiktrick aber nichts. Weil Polizisten ihre Arbeit nicht mitten im Einsatz abbrechen können, nur weil ihr Wochensoll erreicht ist, wird der Großteil der erforderlichen Überstunden seitdem auf Platz-, Glatz- und Differenzkonten verbucht. In der Summe ist der Überstundenberg im vergangenen Jahr sogar gestiegen, auf fast 5,5 Millionen Stunden.**



# Von Montag bis Freitag: GdP kümmert sich um 2300 neue Kollegen



**Bevor Beatrice Dardenne sich entschloss Polizistin zu werden, absolvierte sie eine Ausbildung zur Krankenschwester, studierte Pflegepädagogik und arbeitete als Lehrerin für Pflegeberufe.**



In ganz NRW heißen die GdP-Kreisgruppen die neuen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter herzlich willkommen. Eine Woche lang helfen unsere Kreisgruppen dabei, dass die neuen Kollegen einen möglichst einfachen Einstieg ins dreijährige Bachelorstudium finden. Die GdP-Geschäftsstelle war für einen Tag mit dabei.

Auch am Mittwoch trifft sich die Kreisgruppe Münster um ihren Vorsitzenden Yannik Plümpe kurz nach Sonnenaufgang am LAFP „Carl Severing“ in Münster. Zwei Anhänger mit Tischen, Stühlen, Regalen, Schildern, und kistenweise Infomaterial und Mitgliedsanträgen werden vorgefahren. Pavillons und Zäune wurden bereits am Wochenende aufgestellt und bleiben die Nächte über auf dem Parkplatz des Bildungszentrums stehen. Die Stimmung ist gelöst, konnten von den 179 Kommissaranwärtern in Münster bereits einige für die Gewerkschaft der Polizei gewonnen werden, wie der Geschäftsführer der Kreisgruppe Münster, Arnd Breittkopf, mitteilt: „In den letzten zwei Tagen ist es richtig gut gelaufen. Wir bekommen



**Arnd Breittkopf, Geschäftsführer der Kreisgruppe Münster**

viele, auch kritische Fragen zur GdP gestellt. Aber wir sind auf einem guten Weg und konnten bislang ungefähr 80 der neuen Kommissaranwärterinnen und -anwärter überzeugen, in die GdP einzutreten.“

Nach einstündigem Aufbau ist der Infostand, der aufgrund seiner Ausmaße auch als Infogelände beschrieben werden kann, bereit für die Kommissaranwärter. Während der Orientierungstage können sie sich in den Pausen zwischen den einzelnen Seminaren und Vorträgen über die Mitgliedschaft in der GdP informieren.

Die Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe Münster können alle Fragen zu den Leistungen der GdP, aber auch zum Ablauf des dreijährigen Bachelorstudiums fachkundig beantworten. Zudem findet sich Zeit, erste Bekanntschaften zu knüpfen. Die Vorteile einer GdP-Mitgliedschaft haben sich nach zwei Tagen unter den neuen Kollegen herumgesprochen: „Herausragend bei der GdP ist, dass sie immer präsent und offen ist. Sie gibt uns das Gefühl, dass wir als Gemeinschaft stark sind und immer einen

Ansprechpartner haben, falls mal etwas passieren sollte“, sagt Kommissaranwärterin Beatrice Dardenne, die zwei Tage zuvor Mitglied in der GdP wurde. Gestärkt mit einem GdP-Müslis geht es dann wieder in den Unterricht.

Für den Nachmittag hat sich die Kreisgruppe etwas Besonderes überlegt: Am anliegenden Sportplatz findet zum ersten Mal das „Camp & Grill“ statt. „Wir veranstalten einen sportlichen Wettkampf, damit die Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter sich besser kennenlernen können und eine lockere Atmosphäre entsteht. Anschließend grillen wir gemeinsam“, sagt Plümpe. Angemeldet haben sich mehr als 100



**Yannik Plümpe, Vorsitzender der Kreisgruppe Münster**

angehende Polizisten, die sich in verschiedenen Disziplinen wie Tauziehen, Hindernislauf oder Liegestütze miteinander messen.

Ein Video mit Eindrücken aus Münster ist auf Facebook und YouTube abrufbar.



# Die GdP gratuliert

## 90. Geburtstag

- 11.10. Ingeborg Essen, Berlin
- 20.10. Rudi Wuttke, Hückelhoven
- 25.10. Gisela Homann, Wuppertal
- 27.10. Irmgard Prüßner, Porta Westfalica
- 30.10. Horst Müller, Köln

## 91. Geburtstag

- 1.10. Emmy Ahrens, Bielefeld  
Otto Luckau, Herne
- 8.10. Walter Neumann, Duisburg
- 11.10. Marianne van Bebber,  
Gelsenkirchen
- 12.10. Ilse Pawlak, Bochum
- 19.10. Elisabeth Kühl, Gelsenkirchen
- 22.10. Eva Haumann, Düsseldorf
- 27.10. Gisela Linnartz, Köln

## 92. Geburtstag

- 6.10. Ingrid Lippitz, Hattingen  
Anna Mertin, Gütersloh
- 10.10. Marga Pletzke, Essen

## 93. Geburtstag

- 7.10. Josef Schuck, Neunkirchen
- 12.10. Irmgard Tümmers, Neuss
- 26.10. Gerda Kolb, Selm
- 31.10. Christina Schleiden, Neuss

## 94. Geburtstag

- 8.10. Herta Paula Stobbe, Siegen
- 14.10. Ilse Klaffke, Gladbeck
- 23.10. Kurt Weidenbruch, Wülfrath
- 24.10. Helene Hoefer, Krefeld
- 28.10. Ilse Saalfeld, Düsseldorf  
Josef Segin, Paderborn

## 95. Geburtstag

- 18.10. Wilhelm Arians, Goch

- 27.10. Gerda Bendler,  
Bergisch Gladbach

## 96. Geburtstag

- 4.10. Hans Engels, Krefeld
- 9.10. Maria Deppe, Köln
- 29.10. Lucie Stellmacher, Langenfeld
- 30.10. Klara Lewandowski,  
Dortmund

## 97. Geburtstag

- 3.10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- 19.10. Else Werth, Wuppertal
- 21.10. Eduard Malberg, Oberhausen

## 98. Geburtstag

- 21.10. Gertrud Houben,  
Converse/Texas
- 26.10. Grete Rogall, Wilnsdorf

## 103. Geburtstag

- 15.10. Else Vierboom, Bochum

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**

## Entsorgungskonzept soll Pflicht werden

Situationen, in denen Polizistinnen und Polizisten bei Großeinsätzen ohne eine ausreichende Versorgung mit Toiletten auskommen müssen, sollen in NRW schon bald der Vergangenheit angehören. Das hat die Abteilungsleiterin Polizei im Düsseldorfer Innenministerium, Ministerialdirigentin Dr. Daniela Lesmeister, bei einem Meinungsaustausch mit der Frauengruppe der GdP angekündigt. Die GdP-Frauen hatten angeregt, dass die Polizei in NRW eigene Toilettenkraftwagen (Toi-KW) für Großeinsätze anschafft, wie es sie anderen Bundesländern z.T. bereits gibt. „Vor allem für die Frauen ist der fehlende Toilettenwagen ein großes Problem. Aber auch für männliche Kollegen sei es beschämend, wenn sie in Restaurants fragen müssten, ob sie dort die Toilette aufsuchen dürfen“, begründete die GdP-Frauenvorsitzende Kirsten Salewski die Forderung nach eigenen Toi-KW. Auch die Situation, dass sich die Beamten bei gewalttätigen Demonstrationen, Castor-Protesten, G7-Gipfeln oder

beispielsweise bei Einsätzen im Hambacher Forst im Kreis schützend um ihre Kolleginnen stellen müssen, damit sie vor den Blicken der Demonstranten abgeschirmt ihre Notdurft verrichten können, ist für sie völlig inakzeptabel.

Frau Dr. Lesmeister teilte diese Bewertung, äußerte allerdings Zweifel, ob die Anschaffung eines Toi-KW zielführend ist, um das Problem zu lösen. Allerdings versprach sie, sich des Themas weiter anzunehmen: Es mache Sinn, dass die Erarbeitung eines Entsorgungskonzepts in Zukunft als verpflichtender Bestandteil in den Einsatzbefehl aufgenommen wird.

Weitere Schwerpunkte des gut anderthalb Stunden dauernden Gedankenaustauschs mit der Frauengruppe waren die aus Sicht der GdP überfällige Weiterentwicklung des Frauenförderplans für den gehobenen Dienst, die Ausweitung der Telearbeit bei der Polizei und die deutlich zu langen Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

### Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

### Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der November-  
Ausgabe ist der 4. Oktober.**

### GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)



# Aktuelle Gruppenreisen 2019

**Nordspanien -**  
Natur und Kultur entlang des Jakobsweges  
18. bis 25.4.2019  
pro Person im Doppelzimmer  
ab € 1.339,-



**Madeira -**  
Landesseniorenreise 2019  
26.3. bis 9.04.2019  
pro Person im Doppelzimmer  
ab € 1.605,-



**Litauen Lettland Estland**  
Baltische Hauptstädte und Kurische Nehrung  
18. bis 25.7.2019  
pro Person im Doppelzimmer  
ab € 1.414,-



**Kanada - Ostküste**  
Metropolenzauber und Naturschauspiele  
17. bis 25./26.09.2019  
pro Person im Doppelzimmer  
ab € 2.045,-



Die ausführlichen Reiseausschreibungen finden Sie auf unserer Internetseite [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de). Gerne können Sie diese auch bei uns anfordern.

**GdP-Service GmbH**  
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf  
0211/29101 -44/-45/-63/-64  
[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)



**REISE-SERVICE**

## GdP-Instagram-Kanal: Ein Blick hinter die Kulissen

Anfang 2017 starteten wir unsere Social-Media-Kanäle auf Facebook, Twitter und YouTube. Mit Erfolg: Auf Facebook folgen uns mittlerweile über 3200 Abonnenten, bei Twitter mehr als 800 (Stand: 11.9.2018). Seit September mischen wir nun auch auf Instagram mit.

Instagram ist ein Netzwerk, dessen Schwerpunkt auf der Verbreitung von Fotos und Videos liegt. Die Story-Funktion lässt eingestellte Fotos und Videos nach 24 Stunden automatisch verschwinden, sodass Nutzer und Abonnenten regelmäßig vorbeischauen sollten, um nichts zu verpassen. Wie für Facebook und Twitter werden die aktuellen News auch für Instagram aufbereitet. Zu-

sätzlich gewährt die GdP ihren Abonnenten über die Story-Funktion einen Blick hinter die Kulissen der gewerkschaftspolitischen Arbeit.

Im Netz: [instagram.com/gdpnrw](https://www.instagram.com/gdpnrw)



## Glücksnummern des Monats

45 11373  
Reiner Müller, Selm  
45 11938  
Norbert Fey, LZPD  
45 12084  
Peter Cox, Duisburg  
45 11932  
Nicole Kij, Unna  
**Die Gewinner im Oktober erhalten eine GdP-Geldbörse „Hunter“.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Aachen

10. Oktober, 11:00 Uhr, Stadtführung durch Aachen, Dauer ca. 2 1/2 Stunden mit einer Kaffeepause. Treffpunkt ist vor der Info links am Eisenbrunnen. Anmeldungen dienstlich 0241/9577 23002

### Kreisgruppe Heinsberg

11. Oktober, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Gaststätte Dohmen, Hülhoveener Straße 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler, Aktuelles aus der Kreisgruppe und dem Landesbezirk NRW, Erläuterungen Beihilfe- und Versorgungsrecht

### Kreisgruppe Höxter

10. Oktober, 14:30 Uhr, Herbsttreffen der Senioren bei Kaffee und Kuchen, Restaurant Löseke, Sonnenbrink 2, 33034 Brakel

### Kreisgruppe Unna

29. Oktober, 15:00 Uhr, Café im Park, Luisenstr. 22, Unna-Königsborn, der Landesseniorenvorsitzende Bernhard Heckenkemper referiert über Pflegegrade, Beihilfe und Vollmachten, Rückfragen: Michael Schumacher, Tel.: 02596-637897

## GdP aktiv

**27.10.**, Varieté der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20:00 Uhr, Hotel Franz, großer Festsaal, Steeler Str. 261, Essen. Karten (inklusive Buffet) ausschließlich im Vorverkauf im GdP-Büro Essen (Di. bis Fr. von 9:00 bis 12:00 Uhr – Telefon: 0201/829-2480). Geboten werden Comedy (u. a. „Der Hausmann“), Artistik und Musik

**05.11.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 12:00 Uhr, Zeche Hugo, Schacht 2, ehemali-

ges Fördermaschinenhaus, Brößweg 34, Gelsenkirchen, Gastreferent: GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens

**8.11.**, Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16:00 Uhr, Restaurant der Kleingartenanlage „Im Justenkamp“, Nortkirchenstraße 22, Dortmund

**13.11.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten (ehemals Schützenhof), Dammstr. 33, Werdohl

**16.11.**, 46. Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, Stadthalle Mülheim mit Zauberei, Gesang, Live-Band und Akrobatik. Karten zum Preis von 20,00 € im Vorverkauf unter Tel.: 0201/829-2408

### Anzeige

**KK aus Niedersachsen** möchte schnellstmöglich zum Land NRW wechseln und **sucht** daher eine/n **Tauschpartner/in**. Hintergrund ist die fortschreitende Demenzerkrankung seiner Mutter.  
Der Versetzungsantrag wurde bereits gestellt.  
Mail: [DinoT1337@gmail.com](mailto:DinoT1337@gmail.com) – Tel.: 01 52/53 39 3006

## NACHRUFE

Horst Kreitz	17.07.1956	Aachen	Werner Wintermeyer	09.10.1932	Höxter
Helmut Engelin	23.05.1927	Bochum	Hans Schneidenbach	17.06.1947	Köln
Manfred Loos	24.02.1928	Bochum	Christel Störck	18.05.1935	Köln
Martina Voß	26.05.1971	Düsseldorf	Maria Stevens	06.11.1923	Krefeld
Hans-Dieter Czech	12.07.1953	Erfkreis	Anton Weckermann	19.08.1929	Lippe
Helene Krieger	16.02.1926	Essen/Mülheim	Kurt Wehowsky	21.12.1924	Recklinghausen
Klaus Nentwig	28.11.1933	Gütersloh	Diethard Deiters	25.04.1941	Siegburg
Martha Peltzer	22.08.1930	Heinsberg	Martin Bühner	01.06.1957	Unna
Volker Coelius	26.11.1944	Höxter			

